

Aus der 73.Sitzung des brandenburgischen Braunkohlenausschusses am 19.11.2009

Im folgenden werden einige ausgewählte Informationen aus der Sitzung zusammengestellt, da das offizielle Protokoll umfangreich und in der Regel erst nach mehreren Wochen (und nicht digital) verfügbar ist.

Ergänzungen im Sitzungsplan 2010 zu Energiemarkt und Wasserhaushalt

In den Sitzungsplan für 2010 wurden bereits vor der Sitzung mehrere Vorschläge von den Vertretern der Umweltverbände aufgenommen. So soll über die Lage auf dem Energiemarkt nicht mehr ausdrücklich nur Vattenfall informieren (die Umweltverbände fordern einen unabhängigen Referenten), die Problematik der angedachten Elbewasserüberleitung und der Auswirkungen des Klimawandels auf den regionalen Wasserhaushalt wurden aufgenommen. Bisher nicht aufgenommen wurde der Vorschlag, sich aus erster Hand über die Tagebauplanungen im benachbarten Polen unterrichten zu lassen.

Bauernbund fordert Sitz im Braunkohlenausschuß

Im Verlaufe der Sitzung stellte der Cottbuser Stadtverordnete Hans Puschkel die Frage, warum der Bauernbund keinen Sitz im Braunkohlenausschuß habe. Hintergrund war der am selben Tag in der Lausitzer Rundschau veröffentlichte Leserbrief des Bauernbundes zum Konfliktpotenzial zwischen Landwirtschaft und Bergbau. Der Bauernverband vertritt in Brandenburg vornehmlich die Großbetriebe und früheren Genossenschaften, der Bauernbund vor allem kleinere Familienbetriebe. Nur ersterer ist stimmberechtigt im Braunkohlenausschuß vertreten, äußert aber kaum Kritik am Bergbau, während der Bauernbund sich der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ angeschlossen hatte. Von der Landesplanungsabteilung wurde darauf verwiesen, dass der Bauernbund sich im politischen Raum um ein Mandat bemühen könne. Es sei aus anderen Gründen demnächst vorgesehen, das brandenburgische Regional- und Braunkohlenplanungsgesetz (RegBKPIG) „anzufassen“.

Braunkohle-Planverfahren verzögern sich – Planentwürfe nicht vor 2011

Gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Landesplanungsbehörde werden sich beide in Brandenburg begonnenen Braunkohlenplanverfahren (Welzow II und Jänschwalde-Nord) um mehrere Monate verzögern. Mit Befassungen des Braunkohlenausschusses zu Planentwürfen kann erst ab 2011 gerechnet werden. Bei Welzow habe man insbesondere den Arbeitsschritt der Auswertung des Scoping-Termins unterschätzt, so die Vertreter der Behörde. Die neue Zeitschiene sieht folgendermaßen aus:

Welzow-Süd (Verschiebung um ca. sechs Monate)

(- Scoping¹ erfolgte im Juni 2009)

- Beteiligung des Braunkohlenausschusses (vor Beginn der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange) I.Quartal 2011
- Erörterungstermin III / 2012
- Veröffentlichung als Rechtsverordnung der Landesregierung III / 2013

Jänschwalde-Nord

- Scoping IV.Quartal 2010
- Beteiligung des Braunkohlenausschusses (vor Beginn der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange) II / 2012
- Erörterungstermin IV / 2013
- Veröffentlichung als Rechtsverordnung der Landesregierung IV / 2014

Weitere Verzögerungen sind in Braunkohlenplanverfahren erfahrungsgemäß immer möglich, eine Beschleunigung gegenüber angekündigten Zeitplänen dagegen ausgesprochen unwahrscheinlich.

¹ Im „Scopingtermin“ holt die verfahrensführende Behörde Hinweise aller Beteiligten (Verbände, Behörden, Unternehmen) ein, welche Fragestellungen und Methoden bei der Umweltprüfung anzuwenden sind. Das Scoping steht ganz am Anfang aller Verfahren, die eine formelle Umweltverträglichkeitsprüfung oder strategische Umweltprüfung beinhalten.

Welzow II: Vattenfall muß Unterlagen nachreichen

Bei der Erarbeitung des Vorentwurfes zum Braunkohlenplan hätten sich offene Fragen ergeben, zu deren Beantwortung Vattenfall von der Landesplanungsbehörde aufgefordert wurde. Schwerpunkte seien

- Lärm- und Staubprognose
- Regionalklimatische Auswirkungen
- Sorbische Traditionen und Kultur im Ortsteil Proschim
- Notwendigkeit von Umsiedlungen
- Vorfelduntersuchungen

Teilweise gehe es darum, bereits dem Unternehmen vorliegende Gutachten in das Verfahren einzubringen. Für die Stadt Welzow machte Bürgermeisterin Birgit Zuchold deutlich, dass in der Stadt weitgehend Konsens herrsche, die Inanspruchnahme der Bereiche Sportlerweg und Wohngebiet Neue Heide abzulehnen. (Diese Bereiche befinden sich im Nordwesten der Stadt und damit in dem Bereich, der zuletzt zur Abbaggerung vorgesehen ist.)

Jänschwalde-Nord: Ein „Dialog-Forum“ soll alles retten ?

Wenn Du nicht mehr weiter weißt, bilde einen Arbeitskreis: In diesem Sinne wurde seitens der Landesplanungsbehörde der Vorschlag unterbreitet, aus den beteiligten Kommunen, Ortsteilen, Ministerien, Landkreis und Vattenfall ein „Dialogforum für kommunale Entwicklung/Umsiedlung Tagebauvorhaben Jänschwalde-Nord“ zu bilden. Dabei sei ein von allen anerkannter Moderator einzuschalten. Dieser Vorschlag gehe auf gute Erfahrungen mit einem Dialogforum zum Großflughafen BBI zurück. R. Schuster kritisierte die Doppelungen dieses Konstruktes mit dem bestehenden Arbeitskreis Tagebau Jänschwalde des BKA, in dem alle vorgesehenen Beteiligten ebenfalls vertreten sind. Dort sollte der Dialog integriert werden. Unter anderem besteht sonst die Gefahr, dass ehrenamtliche Betroffene von der Vielzahl der Gremien überlastet werden und letztlich vor allem Hauptamtliche am Dialogforum beteiligt sind.

Nachterstedt liegt anderswo – in Brandenburg ist alles sicher

Zur Frage Bergsicherheit berichteten ausführlich LMBV und Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR). Das LBGR habe nach der Rutschung von Nachterstedt eine Arbeitsgruppe gebildet, die prüft, ob sich Randbedingungen erteilter Abschlußbetriebspläne zwischenzeitlich geändert haben könnten. Einige Zitate: „Wir müssen letzten Endes auf den Sachverstand vertrauen und vertrauen können.“ (...) „Bisher bestätigen alle Prüfungen die Einschätzung, dass außerhalb geotechnischer Sperrbereiche die Sicherheit gegeben ist.“ (...) „Es wird immer Bereiche geben, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein werden.“ Am umstrittenen „See-Campus“, einem Gymnasiums-Neubau auf der Kippe bei Lauchhammer, wird das Gelände weiter als „für diese Nutzungsart gesichert und geeignet“ eingeschätzt.

Energierregion: Entscheidungen fallen im kleinen Kreis

Rüdiger Albert als derzeitiger Geschäftsführer der neuen Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH (die Geschäftsführung wird mit dem Jahresende wechseln) kündigte die nächsten Aktivitäten der „Energierregion“ an: Am 8.12. treffe sich der „Rat“ (ein kleiner Kreis, letztlich die vier Landräte und der Cottbuser OB), am 17.12.2009 wolle man in einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Projekte vorstellen, „die einer Unterstützung durch das Land bedürfen“. Auf Nachfrage wurde angekündigt, das Regionalforum werde voraussichtlich im Frühjahr tagen.

Anmerkung: Die Aufnahme der demokratisch gewählten Regionalversammlung in das „Regionalforum“ war bekanntlich der Deal, mit dem im Frühjahr 2009 Kritik an der undemokratischen Struktur der „Energierregion“ zum Schweigen gebracht werden sollte. Nun zeigt sich, dass über Landesgeld trotzdem nur ein kleiner erlauchter Kreis mitreden darf. Das Regionalforum wird dann voraussichtlich nur noch über die Ergebnisse informiert. Möglicherweise hat es der eine oder andere auch eilig, das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten noch vor den Landratswahlen am 10. Januar zu führen

René Schuster,
GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus